

Niederschrift Nr. 22 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin: Montag, 22.11.2010
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 17:55 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Ammersken, Heino

SPD-Fraktion
Götze, Horst
Grix, Helga
Meyer, Lina
Schulze, Kai-Uwe
Stöhr, Friedrich

für Regina Meinen

CDU-Fraktion
Orth, Petra
Verlee, Carmen

FDP-Fraktion
Bolinus, Rolf

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Schild, Walter

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat
Graf, Wilfried

Beratende Mitglieder
Hollander, Volkmar
Janssen, Soghra
Kandziora, Marianne

Vertreter des DRK
Vertreterin des Integrationsrates
Vertreterin des Seniorenbeirates

Verwaltungsvorstand
Lutz, Martin

Erster Stadtrat

von der Verwaltung
Tempel, Doris
Büusker, Wilhelm
Decker, Ubbo Dr.
Knochenhauer, Annett
Kromminga, Engelbert
Szag, Elisabeth
Dübbelde, Sven

Protokollführung
Jetses, Karin

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Ammersken eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Ammersken erklärt, TOP 9, Vorlage 15/1796 - Vorstellung Programm „Stromspar-Check“, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 22.09.2010 - müsse leider aufgrund der Erkrankung des Berichterstatters auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

Beschluss: Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 06.10.2010

Beschluss:

Die Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 06.10.2010 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2011 (incl. des enthaltenen Investitionsprogramms der Stadt Emden und der Betriebe 836 Rettungsdienst sowie 806 Gebäudemanagement bis 2014)
Vorlage: 15/1789

Herr Lutz erklärt, bezüglich der Auslieferung der „Haushalts-CDS“ sei jetzt von einigen Ratsmitgliedern der Wunsch an ihn herangetragen worden, einen kompletten Ausdruck des Haus-

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

haltsbuches in Papierform herauszugeben. Seinerzeit hätten die Fraktionen sich insbesondere aufgrund der Kosten von 40 – 60,-- € pro Haushaltsbuch und der nach der Ratssitzung noch anstehenden Haushaltsänderungen für die CDs entschieden. Auf Wunsch werde er aber gerne noch ein paar Haushaltsbücher ausdrucken lassen. Er bittet die entsprechenden Ratsmitglieder, sich nach der heutigen Sitzung bei ihm zu melden.

Anschließend geht er näher auf die geplanten Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen in Höhe von insgesamt 981.000,-- € ein. So solle z. B. durch Einsparungen im Personalbereich (u. a. durch Wiederbesetzungssperren) ca. 375.000,-- € eingespart werden.

Er sei stolz darauf, hauptsächlich bei den Pflichtleistungen und nur geringfügig bei den freiwilligen Leistungen eingespart zu haben. So sei z. B. auf Kürzungen des Gesamtansatzes für das Emdener Frauenhaus, die Fachstelle für Sucht und Suchtprävention oder die Kontaktstelle „Kumm rin“ ausdrücklich verzichtet worden.

Der größte Einsparbetrag liege im Budget des Fachbereiches Gesundheit und Soziales. Hier wolle die Stadt Emden im nächsten Jahr ca. 160.000,-- € bei den Miet- und Heizkosten der Hartz IV-Empfänger einsparen. Die Zuschüsse für Bedarfsgemeinschaften hätten sich seit 2009 von 307 € auf 347 € pro Bedarfsgemeinschaft erhöht. Insgesamt betrage der jährliche kommunale Anteil 12 Mio. €. Es sei festgestellt worden, dass einige Vermieter einen Mieterwechsel dafür genutzt hätten, ihre Mieten zu erhöhen. Hier müsse genau auf das Miethöhengesetz geachtet werden.

Bei Wohneigentümern, die Transferleistungen erhielten, zahle die Stadt Emden mitunter nur die Zinsen für die Abtragungen. Hier müssten Gespräche mit den Banken bezüglich einer Umschuldung geführt werden. Es werde aber keiner seine Wohnung verlieren, betont Herr Lutz.

Herr Schulze möchte wissen, ob bei den Einsparungen auch die Tarifierhöhungen der städtischen Bediensteten mit berücksichtigt worden seien. **Herr Lutz** bestätigt dies. Bei den Löhnen und Gehältern seien hierfür linear 1,5 % mit eingerechnet worden.

Herr Ammersken bedankt sich bei der Haushaltskonsolidierungsgruppe für ihre Arbeit. Hierauf könne der Ausschuss stolz sein.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

TOP 6 Leistungsvereinbarung über den Betrieb der Fachstelle für Sucht und Suchtprävention - DROBS - in Emden
Vorlage: 15/0432/1

Herr Dr. Decker erläutert die geplante Verlängerung der Leistungsvereinbarung bis zum 30.06.2011. **Herr Schild** möchte wissen, mit wie vielen anderen Trägern die Stadt Emden noch Leistungsverträge habe, um welche Institutionen es sich im Einzelnen handele und wie hoch der Gesamtbetrag der freiwilligen Leistungen hierfür sei. **Herr Dr. Decker** erwidert, im Suchtbereich gäbe es neben der DROBS (Schwerpunkt: Hartdrogen, wie z. B. Heroin) noch die Beratungsstelle der Ev. Kirche, die sich u. a. mit der Alkohol- und der Spielsucht auseinandersetze. Die Leistungsvereinbarung mit der Ev. Kirche laufe – ebenso wie mit der DROBS – am 30.06.2011 aus. Der Gesamtbetrag der freiwilligen Leistungen des Fachdienstes Gesundheit betrage bei beiden Einrichtungen jeweils 99.700,-- € jährlich.

Herr Graf spricht sich für die o. a. Vorlage aus. Seines Erachtens sollten die Suchtbetreuungen auf jeden Fall fortgeführt werden.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Beschluss:

Die Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Emden und der Gesellschaft zur Hilfe für suchtgefährdete und -abhängige Menschen e.V. über die Fachstelle für Sucht und Suchtprävention - DROBS - wird bis zum 30.06.2011 verlängert.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Besetzung des Beratungsgremiums für Widersprüche in Sozialhilfeangelegenheiten
Vorlage: 15/1794

Beschluss:

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales benennt auf Vorschlag der CDU-Fraktion

Frau Carmen Verlee

als Vertreterin für Frau Petra Orth in ihrer Funktion als ordentliches Mitglied des Beratungsgremiums gemäß § 116 Sozialgesetzbuch XII.

Ergebnis: einstimmig

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 8 Erstellung eines Netzwerk-Wegweisers;
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 29.09.2010 -
Vorlage: 15/1797

Herr Schild erläutert den o. a. Antrag. **Herr Dübbelde** meint, die Idee mit der Erstellung eines Netzwerkweisers sei sicherlich sinnvoll, allerdings verfüge die Stadt Emden bereits seit dem Jahre 2002 über das Internetangebot www.beratungskompass.de, welches eine Übersicht über alle Angebote im Kinder-, Jugend-, Sozial- und Gesundheitsbereich biete. Anhand einer Powerpointpräsentation geht er näher auf die bis zum Frühjahr 2011 geplante Überarbeitung des Beratungskompasses ein. Die Powerpointpräsentation wird der Niederschrift der heutigen Sitzung als Anlage 1 angehängt.

Herr Lutz gibt zu bedenken, dass der Beratungskompass im Internet aktuell darzustellen sei, während ein gedruckter Netzwerk-Wegweiser kurze Zeit später schon wieder veraltet sei.

Herr Graf stimmt den Ausführungen von Herr Lutz zu. Aber auch mit der Neubürgerbroschüre hätte er gute Erfahrungen gemacht. Er bittet darum, dieses zu veröffentlichen, denn so könnten sich auch BürgerInnen, die über keinen Internetanschluss verfügten, umfassend informieren.

Herr Schild meint, er sehe den Beratungskompass als nicht sonderlich gelungen an. Er freue sich aber, wenn seine Fraktion mit dem o. a. Antrag die Aktualisierung des Beratungskompasses erreicht hätte.

Frau Orth meint, es sollte zunächst abgewartet werden, wie sich das System bewähre. **Frau L. Meyer** schlägt vor, im Verwaltungsgebäude an zentraler Stelle einen Internetanschluss für

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

die BürgerInnen der Stadt Emden zu installieren, die zu Hause keinen Computer hätten. Dieser würde zwar zunächst Geld kosten, sich aber auf Dauer aufgrund der eingesparten Druckexemplare kostensparend auswirken. **Frau Tempel** bedankt sich bei Frau L. Meyer für diese Anregung. Die Verwaltung werde intern über diese Möglichkeit beraten und das Ergebnis dann mitteilen.

Herr R. Bolinius möchte wissen, ob jeder Bürger, der in Emden seinen Wohnsitz anmelde, die Neubürgerbroschüre der Stadt Emden erhalte. Dies wird bestätigt.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Vorstellung Programm "Stromspar-Check";
- Antrag Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 22.09.2010
Vorlage: 15/1796

Ergebnis: Vertagt

TOP 10 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Ermäßigung für Freizeitpassinhaber bei Nutzung der Eislaufbahn auf dem Emdener Weihnachtsmarkt

Herr Dübbelde erklärt, im letzten Ausschuss für Kultur und Erwachsenenbildung am 28.10.2010 sei unter TOP 7.1 „Sachstandsbericht Weihnachtsmarkt“ angefragt worden, ob es möglich sei, Emdener Freizeitpassinhabern bei Nutzung der Eislaufbahn auf dem Emdener Weihnachtsmarkt eine Ermäßigung zu gewähren. Er freue sich mitteilen zu können, dass die Agentur Iventos bereit sei, Freizeitpassinhabern 50 Cent auf den jeweiligen Eintrittspreis (Erwachsene 3,50 €, Kinder 2,50 €) zu gewähren. Er bittet darum, die Öffentlichkeit über die Tageszeitungen zu informieren.

TOP 11 Anfragen

1. 100 % Ökostrom

Herr Schulze erläutert, ein 100 %iger Ökostrombezug beinhaltet, dass der Strom ab einer bestimmten Zeit abends günstiger sei. Er möchte wissen, ob es aufgrund dessen für die Stadt Emden nicht überlegenswert sei, nachts die Straßenbeleuchtung zu drosseln. **Herr Lutz** erwidert, dieses Angebot der Stadtwerke Emden GmbH könnten lediglich Privathaushalte in Anspruch nehmen. Diese verfügten bezüglich ihres Stromverbrauchs auch über mehr Flexibilität als eine öffentliche Einrichtung. Im Übrigen gehörten Straßenbeleuchtungen nicht zu den Fachthemen des Ausschusses für Gesundheit und Soziales.

2. Absenkung und Wegfall des ALG II und des befristeten Zuschlages (§ 31 SGB II)

Herr Graf möchte aufgrund einiger Unstimmigkeiten wissen, ob § 31 des SGB II bei jedem Vergehen angewandt werde oder ob auch geprüft werde, ob evtl. Fehler der SachbearbeiterInnen vorlägen.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr Lutz antwortet, die Rechtsvorschriften würden in jedem Fall genau überprüft. Außerdem bestünde für die BürgerInnen die Möglichkeit, innerhalb der Fristen gegen einen Bescheid Widerspruch einzulegen.

3. Bewerbungslehrgänge für Hartz IV-Empfänger

Herr Graf erklärt, ihn würde interessieren, warum 400-€-Kräfte gleichzeitig auch noch diverse Bewerbungslehrgänge besuchen sollten. **Herr Lutz** erwidert, es sei Aufgabe der ARGE, einen 400-€-Jobber in einen Volljob zu integrieren und damit in die Fähigkeit, seine Familie selbst zu ernähren. Dies sei meistens auch im Sinne der betroffenen Person.

4. Neues Verwaltungsgebäude

Frau L. Meyer möchte wissen, ob der FD Gesundheit schon in das neue Verwaltungsgebäude eingezogen sei. **Herr Dr. Decker** bestätigt dies. Zurzeit lebe man zwar noch aus den Umzugskartons, aber mit den Räumlichkeiten seien seine MitarbeiterInnen und er selber sehr zufrieden. Er bringt seinen Dank für das neue Verwaltungsgebäude zum Ausdruck.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.